



Reformgegner Kraus: „Es gibt zu viel Duckmäuserei, in der Politik, im Erziehungswesen, auch in der Lehrerschaft“

RECHTSCHREIBREFORM

Hit und Top, Tipp und Stopp

Seit dem 1. August 2005 gilt die neue Rechtschreibung in den meisten Bundesländern als verbindlich, die Lehrer aber können sie kaum durchsetzen. Die Bevölkerung hat die Reform ohnehin nicht akzeptiert. In den deutschen Schulen herrschen Unsicherheit, Verwirrung – und kollektiver Ungehorsam.

Josef Kraus redet freimütig, die Tür zum Sekretariat steht offen. Natürlich müsse er als Deutschlehrer die neuen Regeln unterrichten, aber privat schreibe er so, wie er schon immer geschrieben habe. Er könne nur jeden ermuntern, nicht allen Unsinn mitzumachen.

Kraus ist Direktor des Maximilian-von-Montgelas-Gymnasiums im bayerischen Vilsbiburg, CSU-Mitglied, Schiller-Verehrer, Freizeitsportler mit Spezialdisziplin Steinstoßen und Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Seit 26 Jahren bringt er bayerischen Schülern Deutsch bei, er kennt sich aus mit der Sprache, auch mit dem Stand der orthografischen Praxis.

„Die sogenannte Rechtschreibreform ist ein Kniefall vor der fortschreitenden Legasthenisierung der Gesellschaft“, sagt der Oberstudiendirektor. Er spricht immer nur von der sogenannten Rechtschreibreform, er erinnert an Schillers Freiheitswillen und kritisiert: „Es gibt zu viel Duckmäuserei, in der Politik, im Erziehungswesen, auch in der Lehrerschaft.“

Stimmen nebenan. „Kommen S' doch mal herein!“, ruft Kraus ins Sekretariat. Ein weißhaariger Mann tritt ins Zimmer. Es ist Herr Riedel, er unterrichtet Latein und Englisch. „Wie schreiben Sie eigentlich?“, fragt der Direktor.

„Ich schreibe alt“, sagt Herr Riedel. Auch in der Schule? „Auch in der Schule.“ Auch an der Tafel? „Auch an der Tafel, auch in Klassenarbeiten. Was schert mich der ministeriale Unfug aus München.“

Josef Kraus brummt zustimmend und läuft ins Sekretariat. Diesmal bringt er zwei junge Mathematiklehrerinnen mit.

Sie schrieben „nach bestem Wissen und Gewissen“, sagen die beiden. Dass schreiben sie, wenn es sein muss, mit Doppel-s, aber bei Kuß wollen sie auf das ß nicht verzichten. Sie nehmen sich aus den neuen Regeln das heraus, was ihnen gefällt. „Solange es die Germanisten kaum erklären können, müssen wir uns auch nicht kümmern“, sagt eine von ihnen. Direktor Kraus nickt. „Ich kann die doch nicht alle ständig kontrollieren!“, ruft er vergnügt.

Außerdem macht er selbst auch nicht alles, was die Kultusbürokratie von ihm verlangt. So muss er bei seinen Schülern eine bisher übliche, aber nun veraltete Schreibweise unterstreichen und mit einem ü für „überholt“ versehen. Er müsste das Wort außerdem in der neuen Schreibweise darüber setzen, worauf er aber gern verzichtet.

Was Kraus und viele seiner Kollegen an deutschen Schulen treiben, war so nicht vorgesehen.

Seit dem 1. August vergangenen Jahres sind die neuen Regeln der Rechtschreibung verbindlich. Eigentlich herrscht nun Rechtsschreibfrieden in Deutschland – fast 19 Jahre nach dem Auftrag des Bundesinnenministeriums und der Kultusministerkonferenz, die Rechtschreibung modernisieren zu lassen; gut 17 Jahre nach Vorlage des ersten Reformvorschlags; 10 Jahre nach Billigung der Rechtschreibreform durch die Kultusminister, die Ministerpräsidenten, das Bundeskabinett. Eigentlich.

Offiziell ist es so: Seit fünf Monaten gilt mit Ausnahme von Bayern und Nordrhein-

Westfalen an allen Schulen als Fehler, was nicht den neuen Regeln entspricht. Die Entscheidung der Kultusminister, die alte Schreibweise nicht mehr gelten zu lassen, nicht mal mehr übergangsweise, sollte das vorläufige Ende eines langen Wegs markieren. Keine Reform wurde länger vorbereitet – die Anfänge liegen in der linken Reformpädagogik und Sprachkritik der siebziger Jahre –, keine leidenschaftlicher diskutiert. Man könnte auch sagen, bei keiner anderen Reform hat sich die Staatsmacht so weit vorgewagt.

Mit der Rechtschreibreform hat die Politik ein Regelwerk beschlossen, das die Bürger nicht gefordert hatten. Sie hat sich daran gemacht, die Schriftsprache zu erneuern, obwohl die Deutschen keinen Erneuerungsbedarf hatten. Sie hat sich eines Bereichs bemächtigt, für den sie gar nicht zuständig ist.

Die Reformer gingen dabei vor, als müssten sie eine neue Straßenverkehrsordnung erlassen. Alles sollte einfacher, übersichtlicher, logischer werden. Sie schnitten weg, was ihnen überflüssig erschien, sie zeigten wenig Respekt für das Gewachsene. Doch die Sprache ist keine Straßenverkehrsordnung. Sie ist ein sehr komplexes, häufig widersprüchliches, manchmal staunenswertes Gebilde, das sich über die Jahrhunderte entwickelt hat, ohne immer klaren, jedermann einsichtigen Regeln zu folgen. Wer sich an ihr zu schaffen macht, stößt schnell auf Widerstände.

Die Neuordnung hat 30 Gerichtsverfahren überstanden, mehrere Volksbegehren und einen Volksentscheid, die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts. Hunderte Verleger und Schriftsteller, darunter die Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Elfriede Jelinek, haben protestiert, mehrere Zeitungen und Zeitschriften, darunter der SPIEGEL, die Rückkehr zur herkömmlichen Schreibweise verlangt. „Unzweifelhaft eine Katastrophe“ nennt der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki die Neuordnung.

Nichts hat die Reform bisher zu Fall bringen können. Es sah nach einem Sieg für die Befürworter aus; für das Mannheimer Institut für Deutsche Sprache, wo sich alle Jahre wieder die „Kommission für Rechtschreibfragen“ traf, für die Kultusministerkonferenz, die allen Einwänden zum Trotz dafür sorgte, dass in Deutschland das Quentchen zum Quäntchen wurde und nummerieren sein zweites m bekam.

Wer seit dem neuen Schuljahr Tipp und Stopp nur mit einem p schreibt, wie es in der bewährten



Gymnasiasten (in Frankfurt am Main)

Aus den neuen Regeln sprießen neue Fehler

Schreibung üblich ist, bekommt das Wort als falsch angestrichen, so steht es jedenfalls in den ministeriellen Verfügungen. Wer Hit und Top konsequenterweise mit Doppel-t beziehungsweise Doppel-p schreibt, liegt allerdings auch daneben. Hier hat sich nichts verändert, das muss man halt wissen.

Als falsch gelten nun auch Begriffe wie Schwarzes Brett (neu: schwarzes Brett) oder Schwarzer Tod (neu: schwarzer Tod). Der Schwarze Kontinent und das Schwarze Meer bleiben erhalten. Bei einer Erkältung muss man sich jetzt die Nase schnäuzen (bisher schneuzen), obwohl das menschliche Riechorgan eher in Notfällen Schnauze genannt wird. Aber die neuen

Regeln gelten nun amtlich, die Verordnungen sind da, Sanktionen sind für jene beschlossen, die ihnen nicht folgen können oder wollen.

Doch etwas Eigenartiges passiert: Die Reform ist in Kraft, aber die Bürger scheren sich nicht drum. Sie schreiben einfach weiter wie gehabt. Im Alltag sowieso, da könnte man noch sagen, sie wissen es nicht besser; aber auch in den Schulen, den Behörden, der Wirtschaft. Selbst dort, wo der Staat Durchgriffsmacht hat, kann er seine Regeln für die Sprache nicht durchsetzen. Oder nur halb. So löst sich die Reform von unten auf.

Wenn schon viele Lehrer nicht überzeugt sind, die mit der Sprache von Berufs wegen umgehen, kann man von der Bevölkerung kaum mehr Enthusiasmus erwarten. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach vom Juli 2005 sprechen sich nur 8 Prozent der Deutschen für das neue Regelwerk aus, 61 Prozent sind dagegen, 31 Prozent unentschieden oder gleichgültig. Die

Zahl der Befürworter sinkt seit Jahren, viel weiter geht es nicht mehr. Selbst das Dosenpfand war bei seiner Einführung populärer.

Es ist kein organisierter Widerstand, kein lauter Protest mehr, der dem Reformprojekt seine Legitimität raubt, es ist eher ein allgemeiner Ungehorsam im Alltag. Das macht es für die Sprachregulierer und ihre Vollzugsorgane, die Ministerialbürokratie, die Kultusbehörden, die Amtsverwaltungen, so schwer, nun einzugreifen. Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger konstatiert erfreut einen weitverbreiteten und sich weiter verbreitenden „zivilen Ungehorsam“. Von „kollektiver Unfolgsamkeit“ spricht der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Zehetmair, der über die Jahre vom Befürworter zum Kritiker der Reform wurde, auch er meint das anerkennend.

Es ist nicht so häufig, dass sich die Deutschen auflehnen gegen das, was ihnen von oben verordnet wird. Das obrigkeitstaaliche Denken hat eine lange Tradition; oder, freundlicher formuliert, die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. So gesehen hat der Widerstand auch etwas Tröstliches.

Die Reformer hatten gedacht, dass sich die Bürger nach anfänglichen Protesten fügen würden. Nun wissen sie nicht, was sie tun sollen. Sie haben einen Rat für deutsche Rechtschreibung eingerichtet, um Entgegenkommen zu

Kritiker Reich-Ranicki: „Eine Katastrophe“



OLAF BALLIUS

zeigen. Sie hatten gedacht, das Gremium, dem 39 Mitglieder angehören, werde es bei einigen Korrekturen und allgemeinen Empfehlungen belassen. Aber auch hier haben sie sich verrechnet.

Siebenmal hat der Rat getagt, zuletzt Ende November 2005, und was er an Empfehlungen erarbeitet hat, läuft immer wieder auf einen Rückbau der Reform hinaus. Nach den bisherigen Vorschlägen sollen die alten Komma- und Worttrennungsregeln in vielen Fällen wieder möglich werden. Auch die großgeschriebene Anrede in Briefen, das „Du“, soll wie früher gelten. Im Februar steht die nächste Sitzung an, da wird es um die Groß- und Kleinschreibung gehen, auch dabei sollen nach der Vorstellung des Ratsvorsitzenden Ze-

Die Reformer haben immer auf Zeit gespielt. Als die Kultusminister die neue Orthografie erstmals auf den Lehrplan setzen ließen, sagten sie, es sei zur Probe. Dann, nach Ende der Testzeit, hieß es, nun sei es zu spät zur Umkehr.

Seit gut sieben Jahren wird die neue Rechtschreibung in den Schulen gelehrt, in einigen sogar schon seit neun; bald verlassen die ersten Realschüler ihre Schule, die nie etwas anderes gelernt haben, als Stengel mit ä zu schreiben. Aber vielleicht stimmt das Argument gar nicht, dass die Schüler an den neuen Regeln hängen, weil ihnen die alten fremd sind. Womöglich täte man ihnen einen Gefallen, wenn man sie von der neuen Groß- und Kleinschreibung befreien würde oder von den derzeit geltenden Regeln zum Zusammen- und Getrennschreiben.

Arndt-Gymnasium, Berlin, ein später Vormittag im Herbst. Ein Leistungskurs Deutsch diskutiert die Rechtschreibreform. Die Stimmung ist misstrauisch, gelegentlich auch rebellisch.

„Das ist doch alles schwachsinnig“, empört sich ein Schüler. „Die Regeln sind willkürlich“, sagt ein anderer. Es gibt Zwischenrufe. „Nichts ist verbessert worden“, „Die Umsetzung der Reform ist skandalös“, „Warum wurde keine Reform aus einem Guss gemacht?“

„Die Schüler sind vollkommen desorientiert“, meint die Deutschlehrerin Heidrun Brügger nach der Schulstunde. Einerseits sei das neue Regelwerk tolerant, zum Beispiel bei den Kommaeregeln, andererseits gehe es wie bei der Groß- und Kleinschreibung sehr streng zu.

Auch zwei Schreibweisen für ein und dasselbe Wort führen zur Verwirrung. Dass Schüler entscheiden können zwischen Portemonnaie (alt) oder Portmonee (neu), macht es ihnen nicht leichter. „Schreibt einfach Geldbeutel“, rät die Lehrerin der Klasse.

Aus den neuen Regeln sprießen neue Fehler. Die Reform-Orthografie wird auf Wörter angewendet, wo sie nichts zu suchen hat. Die ss-Schreibung nach kurzem Vokal (Hass, Fluss, dass) verleitet dazu, irrtümlicherweise auch Hinderniss oder Erkenntnis zu schreiben. Und weil das Doppel-s in der neuen Schreibung häufiger vorkommt als in der alten, wird es fälschlich auch Wörtern wie ausser, Fleiss oder Preussen übergestülpt, richtig ist in diesen Fällen nach wie vor das ß.

Das Schreiben zu vereinfachen, den Zugang zur Sprache zu erleichtern, das waren die zentralen Versprechen der Reform. Sie durchziehen die Aufsätze und Werbeschriften für eine Neuordnung bis heute. Viele Pädagogen sind mittlerweile davon überzeugt, dass die Reform nicht zu weniger Rechtschreibfehlern geführt hat. Der

Leipziger Erziehungswissenschaftler Harald Marx hat in einer mehrjährigen Vergleichsstudie festgestellt, dass bei der s-Schreibung durch die neuen Regeln sogar ungleich mehr Fehler gemacht werden.

Die liberalisierten Kommaeregeln sind vor allem für schwächere Schüler zu einem Problem geworden. Weil sie weniger Zeichen setzen müssen, machen sie im Aufsatz auch weniger Fehler. Doch können sie beim Lesen längere Sätze nicht mehr verstehen, da sie wegen der fehlenden Zeichen die Sinnheiten nicht erkennen. Sie beginnen zu stottern und müssen den Satz erst einmal in seine Bestandteile zerlegen.

Viele Lehrer wissen selbst nicht mehr so genau, was nun gilt und was nicht. Viermal wurde die Reform seit der Vorstellung der Umbaupläne vor zehn Jahren wegen offensichtlicher Mängel überarbeitet, mit jeweils erstaunlich widersprüchlichen Ergebnissen. Das Wort unheilbringend musste der Duden in seiner ersten Reformausgabe 1996 zu Unheil bringend umbauen, während er heilbringend beibehalten konnte. Im Duden 2000 aber wurde neben heilbringend auch Heil bringend zugelassen und im Duden 2004 schließlich unheilbringend neben Unheil bringend.

„Die neuen Regeln sind so kompliziert, und es ist nicht besser geworden“, sagt Felizitas Liemersdorf, Leiterin der Katholischen Grundschule Mainzer Straße in Köln. Liemersdorf war lange für die Reform, auch noch, als die ersten Proteste kamen. Für die Erstklässler hat sie zum Schulbeginn ein Transparent mit der Auf-



PETER SCHINZLER

Schriftsteller Enzensberger
„Ziviler Ungehorsam“

hetmair „unsinnige Schreibweisen“ wieder in die alte Form gebracht werden.

Je länger die Kultusminister eine Entscheidung zur Reform der Reform aufschieben, desto schwieriger wird ihr Stand. Weil die alten Regeln offiziell nicht mehr gelten, die neuen aber nicht wirklich, herrscht Konfusion. Die Einheit der Schriftsprache ist zerstört, selbst Widersinniges scheint richtig. Es ist genau das eingetreten, was mit der Entscheidung, die Neuordnung verbindlich zu machen, verhindert werden sollte.

☆

Die Schule ist der Ort, an dem sich die Reform entscheidet. Niemand kann dem Einzelnen verwehren, sich der neuen Silbentrennung zu verweigern, hier endet die Verfügungsgewalt des Staates. Aber man kann dem Kind eintrichtern, dass nach anderen Silben getrennt wird, also Zuk-ker statt Zuk-ker, aber auch Tee-nager statt Teen-ager.

Die unendliche Reform

4./5. Dezember 1986

„1. Wiener Gespräche“: Fachleute aus beiden deutschen Staaten sowie Österreich und der Schweiz treffen zu Fragen der Rechtschreibreform zusammen. Ihr Ziel: Die Orthografie soll „den heutigen Erfordernissen angepasst werden“.

22. bis 24. November 1994

„3. Wiener Gespräche“: Der ausgearbeitete Reformvorschlag wird – mit einigen Änderungen – von den nationalen Fachkommissionen angenommen.

1. Dezember 1995

In Deutschland erklärt sich die Kultusministerkonferenz nach Protesten aus Politik und Gesellschaft zu einer Überarbeitung bereit.

DER SPIEGEL



Grundschule Mainzer Straße in Köln: „Ich weiß schon selbst nix mehr“

schrift „Herzlich willkommen!“ über den Eingang gehängt. Ob willkommen nach den neuen Regeln nicht groß geschrieben werden müsse, hatten ein paar Lehrer gefragt. „Wir haben den Überblick verloren“, stellt die Rektorin fest.

„Eine Katastrophe“, kommentiert ihre Kollegin Anne Meins, seit 26 Jahren ist sie Grundschullehrerin, und stützt. „Wird Katastrophe mit ph oder f geschrieben?“, fragt sie sich und lacht: „Ich weiß schon selbst nix mehr!“

Ein Teil des Lehrpersonals würde die Rechtschreibung im Unterricht am liebsten ausfallen lassen, aber das geht natürlich nicht, also wird improvisiert. Die Deutschlehrer legen sich eigene Leitlinien zurecht, stricken sich Faustregeln. Manche gucken bei den Schülern nicht so genau hin, um

sich Diskussionen zu ersparen, und huschen über die Bereiche hinweg, die ihnen zu kompliziert erscheinen. „An den Schulen wird einer allgemeinen Trial-and-error-Wahnsinnsstrategie gefolgt“, sagt Harald Junge, Schulleiter des Kölner Humboldt-Gymnasiums.

Bis heute sprechen die Kultusminister von einer „problemlosen“ Einführung der Rechtschreibreform, aber sie weigern sich, den angeblichen Erfolg wissenschaftlich untersuchen zu lassen. In Wahrheit beginnen nicht nur die Schulen, das leckgeschlagene Rechtschreib-Schiff zu verlassen. Auch in den unteren Ebenen der Kultusbürokratie macht sich die Erkenntnis breit, dass der Kahn nicht mehr lange zu halten ist.

Die Berliner Senatsverwaltung hat die ersten Signale zum Absprung schon gege-

ben. Eine „zu frühe Festlegung entspräche nicht dem Sprachusus“, Spielräume „sollten großzügig und flexibel“ genutzt werden, heißt es in internen Schreiben an die Berliner Schulen.

☆

Herbstlicht durchflutet die Kölner Buchhandlung „Der andere Buchladen“, es ist Nachmittag, nicht viel los. Die Buchhändlerin zieht einen gelben Duden aus der Reihe der Nachschlagewerke und reicht ihn einem Kunden.

Der hatte nach einem Wörterbuch auf dem neuesten Stand gefragt. Die Buchhändlerin hatte das Gesicht verzogen und gesagt: „Wer weiß schon, was der neueste Stand ist.“

Auf dem Duden klebt ein rotes Schild. „Neu“ steht darauf. Der Kunde freut sich. „So neu ist er nicht“, sagt die Buchhändlerin. „Und alle Veränderungen sind da auch nicht drin.“

„Und jetzt?“

Die Buchhändlerin greift nach einem schweren roten Buch. „Wahrig“ steht darauf. „Das aktuelle Standardwerk auf der Grundlage der neuen amtlichen Regeln“.

„Sommer 2005“, sagt die Händlerin.

„Auf dem neuesten Stand?“

„Nicht wirklich“, seufzt die Buchhändlerin und erzählt von anstehenden Korrekturen, von Arbeitsgruppen und Kommissionen, Kultusministern und Wörterlisten. Am Schluss zuckt sie mit den Schultern: „Bei der Reform waren jahrelang Dilettanten am Werk.“

Das Schreibchaos hat den kompletten Buch- und Zeitschriftenmarkt erfasst. Ein Teil der Verlage setzt bei Romanen, Sach-

1. Juli 1996

„Wiener Absichtserklärung“: Vom 1. August 1998 an sollen die neuen Regeln in Schulen und Behörden gelten. Alte Schreibweisen werden bis August 2005 geduldet.

14. Juli 1998

Das Bundesverfassungsgericht weist die Beschwerde Lübecker Eltern ab: Die Neuregelung sei kein Verstoß gegen die Grundrechte.

1. August 1998

Die Reform tritt offiziell in Kraft. In Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein wird an allen Schulen nach den neuen Rechtschreibregeln unterrichtet.

27. September 1998

Bei einem Volksentscheid in Schleswig-Holstein votieren 56,4 Prozent gegen die neuen Schreibregeln. Folge: An Schleswig-Holsteins Schulen muss nach den alten Regeln unterrichtet werden.

4. Dezember 1998

Die deutschen Ministerpräsidenten beschließen, trotz des Volksentscheids in Schleswig-Holstein an der Rechtschreibreform festzuhalten.

17. September 1999

Der Kieler Landtag beschließt die Wiedereinführung der neuen Rechtschreibung an den Schulen des Landes. Die „sprachliche Isolation“ der Schüler soll beendet werden.

1. August 2000

Die „Frankfurter Allgemeine“ kehrt als erste Zeitung zur alten Rechtschreibung zurück. Wenig später folgt der Deutsche Hochschulverband mit seinem Schriftverkehr.

2004 stellt auch das Verlagshaus Axel Springer auf die alte Schreibweise um.

29. Juli 2004

Die meisten der 16 Ministerpräsidenten wollen, wie von den Kultusministern beschlossen, die neuen Regeln zum 1. August 2005 verbindlich einführen.

17. Dezember 2004

Der Rat für deutsche Rechtschreibung konstituiert sich in Mannheim. Die Expertengruppe soll zu besonders strittigen Punkten Empfehlungen abgeben. Bis zum Frühjahr 2006 will der Rat sämtliche Vorschläge vorgelegt haben.

1. August 2005

In 14 Bundesländern soll jetzt die alte Schreibweise als Fehler gewertet werden. Bayern und Nordrhein-Westfalen wollen die verbindliche Einführung um ein Jahr verschieben.

büchern, Zeitungen und Zeitschriften auf die bewährten Schreibformen, ein anderer auf die Neuregulierung, teils mischen die Verlagshäuser beide Varianten zu einer eigenen Hausorthografie, die schon beim Konkurrenten ganz anders aussehen kann.

Durcheinander herrscht auch in deutschen Gesetzbüchern, sogar innerhalb einzelner Paragraphen. Zivilprozeßordnung und Zivilprozessordnung, Beweisbeschluß und Beweisbeschluss stehen da wild nebeneinander. Nach Meinung des Lektoratsleiters für deutsche Gesetzbücher aus dem Verlag C. H. Beck, Johannes Wasmuth, gehen die unterschiedlichen Schreibweisen in die Tausende.

Selbst die Bibel ist ins Räderwerk der Reform geraten. Die beiden großen konfessionellen Verlage, das Katholische Bibelwerk und die Deutsche Bibelgesellschaft, bieten die Heilige Schrift in alter und neuer Schreibung an.

Allerdings setze man die neuen Regeln nur in „gemäßigter Form“ um, sagt der Geschäftsführer des Verlags Katholisches Bibelwerk, Jürgen Schymura: „Die Bibel muss nicht alles mitmachen.“ Den neuen Regeln konsequent folgen hieße, den „Zugang und den Sinn der Bibel verstellen“.

Der Duden-Redaktion, die die amtlichen Regeln verbreitet und damit zur allgemeinen Verwirrung beiträgt, ist diese Auflösendstendenz der Schriftsprache offensicht-

lich peinlich. Sie versucht zu retten, was zu retten ist, und liefert neben dem großen Wörterbuch ein kleines Taschenbuch mit eigenen Empfehlungen, von denen sich einige wie eine nachträgliche Distanzierung zu der Reform lesen, die die Duden-Redaktion lange selbst befördert hat.

Es müsse endlich mit dem „häufigen Wechsel von Schreibweisen“ Schluss gemacht werden, heißt es im Vorwort. Auf dem Buchrücken warnt der Verlag in Rot: „Nicht für die Fehlerkorrektur im Unterricht geeignet“. So zweifelt Deutschlands wichtigstes Wörterbuch an sich selbst.



Dieter Neries sitzt in einem Hochhaus, das früher der Stasi gehörte. Heute ist darin die Universität Rostock untergebracht. Neries trägt Jeans, ein graues Jackett und eine graue Krawatte. Auch sein Stofftaschentuch ist grau. Er hat Zeit, die meiste Arbeit liegt hinter ihm. Auf dem Boden stehen zwei Dutzend Kartons, gefüllt mit den Materialien eines abgeschlossenen Forschungsprojekts über die Entwicklung der Großschreibung in Deutschland.

„Die Großschreibung ist zwischen 1530 und 1600 entstanden“, erklärt der Linguistikprofessor. Sie habe sich aus dem Schriftgebrauch entwickelt, erst Jahre später hätten Schriftgelehrte die Regeln dazu erforscht und zu Papier gebracht. So ist es

seitdem eigentlich immer gewesen. Die Kodifizierung der Rechtschreibung folgte der Schreibpraxis, die Wörterbücher sanktionierten den Usus, das galt für das „Grimmsche Wörterbuch“, und das galt auch für den Duden. Für die Abstimmung der letzten Rechtschreibreform, im Jahr 1901, genügte eine dreitägige Konferenz.

Die modernen Grammatiker sind ambitionierter. Ihnen reicht es nicht mehr, dem Volk beim Schreiben auf die Finger zu sehen, um anschließend daraus ihre Schlüsse zu ziehen. Sie wollen selbst gestalten. Sie wollen die Regeln vorgeben, nach denen sich der Gebrauch richten soll. Der Anstoß für diesen Regelungsehrgeiz geht zurück in eine Zeit, als man dem Staat noch alles Mögliche zutraute und die Schriftsteller mit der Großschreibung auch das Großkapital erledigen wollten. Dieter Neries ist einer der Hauptvertreter dieses Zweiges der Linguistik, er war bis zum vergangenen Jahr auch einer der Anführer der Rechtschreibreformer.

Als junger Professor machte sich Neries zum ersten Mal daran, die Schriftsprache „in Richtung auf eine optimale Funktionserfüllung“ zu trimmen, das war 1974 und der Auftraggeber die Akademie der Wissenschaften der DDR. Deutsch sollte leichter zu lernen und einfacher zu lesen sein. Wenige klare Regeln auf alle Fälle der Schreibung übertragbar, keine Ausnah-



KARSTEN SCHÖNE

Kölner Schulleiterin Liemersdorf
„Wir haben den Überblick verloren“

men. Ein rationales System, frei von bildungsbürgerlichem Ballast einer aufgeblähten Duden-Orthografie.

Nerius war Reisekader, die DDR war stolz auf ihre Wissenschaftler, die auch im Westen hochangesehen waren. Aus Rostock und Ost-Berlin kamen die Spezialisten für Silbentrennung und für Groß und Klein. Bald saß Nerius überall in Gremien und Kommissionen, zusammen mit Kollegen aus der Bundesrepublik, Österreich,

der Schweiz. In der 1977 am Mannheimer Institut für deutsche Sprache gegründeten „Kommission für Rechtschreibfragen“ war Nerius stellvertretender Vorsitzender, neben dem Germanistikprofessor Gerhard Augst von der Universität Siegen als Leiter.

Denn auch in der Bundesrepublik hatte der linke Reformoptimismus nach der Politik- und Sozialwissenschaft die Pädagogik und Linguistik erfasst. Rechtschreibkritik war Gesellschaftskritik. Bildungsfernen Schichten sollte mit einer radikalen Vereinfachung der Schriftsprache eine Barriere in ihrer Bildungskarriere genommen werden, die gängige Orthografie galt umgekehrt als reaktionär, als Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument. Was für die Ökobewegung

der Atommeiler, das war für die Rechtschreibreformer die Großschreibung.

Mit dem „rohrstockersatz“ Rechtschreibung wollten die „ewig-gestrigen“ ein Gesellschaftssystem zementieren, dessen Kennzeichen der „anale zwangscharakter“ sei, befanden die revolutionär gutgestimmten Teilnehmer des Frankfurter GEW-Kongresses „vernünftiger schreiben“ 1973. „Wer zu glauben gelernt hat, dass bei brauchen immer ein ‚zu‘ stehen muss,

wird auch die Verteilung des Eigentums nicht in Frage stellen“, philosophierte der Duisburger Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger.

Im Nachhinein scheint es etwas verwegen, von der Beseitigung des ß einen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erwarten, aber dass die Rechtschreibung zur kulturellen Tradition gehört und damit eher temperierend wirkt, ist so falsch nicht. Wer den neuen Menschen formen will, muss ihn von seinen Traditionen entfremden, auch darum sollte die Erinnerung an das gewohnte Schreibbild gelöscht werden. Wenn es nach dem Willen der damaligen Reformer gegangen wäre, würden heute Sätze geschrieben werden wie: Der keiser feht im bot und isst mit dem apt al und opst. Nur mit der „Distanzierung von kulturellen Bindungen“ könne die bestehende Gesellschaft überwunden werden, dozierte der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Lempert.

Tatsächlich ist die Rechtschreibreform so zeitgebunden wie Abba und Glockenhosen, und wie diese wäre sie auch in die Geschichte versunken, wenn sich nicht die Ministerialbürokratie des Projekts angenommen hätte.

Dort wurde erst die radikale Kleinschreibung kassiert, dann fiel der „keiser“, bald darauf das „opst“. Im Institut in Mannheim schrieben sie neue Varianten,



CLAUDIA SCHIFFNER

Kläger-Familie Ahrens: „Das grenzt an Zynismus“

auch wenn längst klar war, dass von der schönen Idee eines einheitlichen, in sich logischen Regelwerks nicht viel bleiben würde. Es gelang Nerius und seinen Kollegen, die Trennregeln zu erhalten, die Vereinfachung der Kommasetzung, die Eindeutigung bestimmter Fremdwörter. Wenn man weiß, wo man suchen muss, findet man überall in der Reform noch ideologische Schlacken.

30 Jahre hat Nerius für die Rechtschreibreform gestritten, 2004 war für ihn Schluss. Dem Rat für deutsche Rechtschreibung, der nun über weitere Korrekturen berät, gehört er nicht mehr an. Er will nicht dabei sein, wenn sein Werk zerfleddert wird.

Eine große Mehrheit werde man für Veränderungen nie finden, sagt der Professor. Er glaubt, dass sich das Unbehagen überwinden ließe, vielleicht noch nicht in einer Generation, aber dann in der nächsten. Nerius denkt in großen Zeiträumen, historische Umwälzungen gelingen nicht über Nacht. Es ist ein Experiment. Und wenn es schiefgeht, wenn sich auch nach 10 oder 20 Jahren herausstellt, dass die Reform immer noch nicht angenommen wurde? „Dann muss zurückgerudert werden“, sagt Nerius. „Das Volk ist der Souverän.“



Plattes Land zwischen Bremen und Oldenburg, hohe Kastanienalleen, dazwischen ein altes Bauernhaus aus Backstein und Fachwerk. Das Mädchen, das die Justiz gegen die Rechtschreibreform in Stellung gebracht hat, ist 16 Jahre alt, heißt Josephine Ahrens und besucht die 11. Klasse eines Oldenburger Gymnasiums.

Josephine war ungehorsam. Sie hat gegen das Kultusministerium geklagt und für das Recht, weiter ungehorsam sein zu dürfen. Sie will in der Schule schreiben, wie in vielen Büchern und Zeitungen, die sie liest, geschrieben wird – nach den bewährten Regeln. Ohne dass ihr dafür Fehler angerechnet werden.

Josephine und ihre Eltern gingen nicht zum ersten Mal vor Gericht. Schon 1997

waren Gabriele Ahrens, Sekretärin, und Carsten Ahrens, Professor für Bauwesen an der Fachhochschule Oldenburg, für ihre Tochter vor das Verwaltungsgericht Hannover gegen das Kultusministerium gezogen – und bekamen in einem Eilverfahren recht. Der damalige niedersächsische Kultusminister Rolf Wernstedt legte beim Obergericht Lüneburg Beschwerde ein. Und unterlag ein zweites Mal.

Die Richter zweifelten unter anderem sein Recht an, eine so wesentliche Entscheidung wie den Eingriff in die Orthographie per Erlass zu verordnen. So et-

was dürfe nur ein Parlamentsgesetz regeln. Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident in Hannover, stoppte die Neu-regulierung für alle Schulen und Behörden im ganzen Bundesland. Es sah so aus, als ob die Reform zum Stehen gebracht worden wäre, bevor sie den Alltag erreichen konnte.

Doch dann entschied das Bundesverfassungsgericht im Sommer 1998, dass das neue Regelwerk sehr wohl durch einen Erlass in Schulen und Behörden eingeführt werden dürfe. Die Verfassungsrichter machten somit den Weg für die Reform frei.

Die Entscheidung aus Karlsruhe gilt heute als höchst zweifelhaftes Urteil. Namhafte Rechts- und Sprachwissenschaftler weisen dem höchsten deutschen Gericht logische Fehler nach und ein geradezu blindes Vertrauen in die Auskünfte der reformwilligen Kultusminister zu sprachwissenschaftlichen Fragen. Trotzdem folgte das Obergericht Lüneburg im Hauptsacheverfahren im Juni 2001 entgegen seiner Eilentscheidung den Karlsruher Richtern.

Das ist der Stand, als Josephine Ahrens Post aus Lüneburg bekommt vom 13. Senat des Niedersächsischen Obergerichts, insgesamt 21 Seiten. Es ist eine richterliche Stellungnahme gegen die Rechtschreibreform, gegen die Art und Weise ihrer Einführung, gegen die Urheber.

Die Richter schreiben, dass in Josephines Schularbeiten die „herkömmliche Rechtschreibung nicht beanstandet, das heißt als falsch gewertet“ werden dürfe. Die „allgemeine Akzeptanz“ des Reformwerks sei „durchaus zweifelhaft“, schreiben die Richter weiter. So würden die alten Regelungen in Presse und Literatur nach wie vor gelten, „erhebliche Teile im deutschen Volke“ lehnten die Reform ab. Weil es bis heute keinen abschließenden Stand gebe, welche

Regeln gelten sollen, sei es fraglich, ob die Wörterbücher die Reform überhaupt richtig deuteten.

Josephine und ihre Eltern könnten zufrieden sein. Ihnen wurde recht gegeben. Aber recht bekommen haben sie dennoch nicht. Sie hatten erneut eine einstweilige Anordnung beantragt, in Josephines Klassenzimmer die alte Rechtschreibung gelten zu lassen. Diese jedoch wollten die Richter nicht erteilen, weil sie keine „wesentlichen Nachteile“ für das Kind erkennen konnten, wenn es bis zur endgültigen Entscheidung wie gehabt unterrichtet wird.

Nun muss die Familie Ahrens auf das abschließende Urteil warten, damit aber sei vor „Ende der Schulzeit der Antragstellerin“ nicht zu rechnen, heißt es in dem Beschluss.

Das Gericht wolle über das Recht nur sprechen, es aber nicht durchsetzen, sagt Josephines Vater. „Das grenzt an Zynismus. Wir werden moralisch gestärkt, können aber mit diesem Beschluss nichts anfangen.“

Das Bild des Widerstands gegen die Neu-regulierung der deutschen Rechtschreibung gleicht einem Kriegsgemälde, bei dem es zur großen Entscheidungsschlacht nie gekommen ist. Das Bild erzählt von Gefechten, die in regelmäßigen Intervallen mal hier, mal dort im Land ausgetragen wurden; von kleinen Scharmützeln, die immer wieder zeitgleich aufblühten; und von partisanenartigen Attacken Einzelner, die mehr oder weniger mediale Aufmerksamkeit finden.

Zehn Jahre dauert dieser Krieg schon. Es gibt keinen Sieger, aber es gibt viele Verlierer. Wer sich in einer der zahllosen Bürgerinitiativen engagiert hat, für Protestbriefe, Appelle, Petitionen, für Volks-



URBAN ZINTEL

Ratsvorsitzender Zehetmair
Korrekturarbeit als Wiedergutmachung



FRANK DÄRCHINGER

Kultusministerkonferenz (2004): *Es gibt keinen Sieger, aber es gibt viele Verlierer*

begehren oder Volksentscheide, hat das Gefühl, von der Politik nicht ernst genommen zu werden. Erst haben die Politiker die Reform auf den Weg gebracht, dann haben sie sich jahrelang nicht gekümmert, und als klar wurde, was sie angerichtet hatten, wollten sie nichts mehr damit zu tun haben.

„Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister, wir haben die Kultusminister unserer Bundesländer aufgefordert, die Zustimmung zur Inkraftsetzung der neuen Rechtschreibregeln nicht zu erteilen. Wir bitten hiermit Sie, sehr geehrter Herr Innenminister, bezüglich der Entscheidung über die deutsche Amtssprache ebenfalls einer Inkraftsetzung vorläufig nicht zuzustimmen.“

Zehn Jahre ist dieser Brief an den damaligen Innenminister Manfred Kanther und die Kultusminister alt. Unterzeichnet haben ihn die heutigen CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch, Peter Müller, Günther Oettinger und Christian Wulff. Die Christdemokraten warnten vor einer „kurzfristigen Verabschiedung eines bisher weitgehend geheimgehaltenen Regelwerkes“, das „ohne jeden rationalen öffentlichen Diskurs und ohne jede Beteiligung der deutschen Parlamente“ eingeführt werden solle.

Viel genützt hat die Empörung nicht, lange angehalten hat sie auch nicht. Einige der Unterzeichner haben sich auf Druck der Kultusminister frühzeitig mit dem Lauf der Reform abgefunden, andere hatten beim Aufstieg dann anderes zu tun. Alle außer Christian Wulff.

Jahrelang schlug der niedersächsische CDU-Oppositionsführer eine Bresche für die Reformkritiker und versprach, das „verfehlte“ Vorhaben „so weit wie nur möglich zu korrigieren“, sollte er erst einmal an der Macht sein.

Als Ministerpräsident forderte Wulff, den „Knoten zu durchschlagen“ und als bald zur bewährten Rechtschreibung zurückzukehren. Politik müsse in der Lage sein, „Fehlentscheidungen zu widerrufen. Hierin zeigt sich wahre Größe“, schrieb der Regierungschef im Herbst 2004.

Die Stunde, Größe zu zeigen, sollte für Wulff im Juli 2005 kommen, als er die verbindliche Einführung der Reform in seinem Bundesland zum 1. August hätte stoppen können. Bayern und Nordrhein-Westfalen hatten den Anfang gemacht und sich geweigert, die Reform sofort umzusetzen. Der Rat für deutsche Rechtschreibung solle seine Korrekturen am Regelwerk beenden können, um anschließend eine wirklich verbindliche Orthografie zu liefern.

Nachdem Wulff mit einigen reformeifrigen Vertretern von Eltern- und Lehrerverbänden telefoniert hatte, ließ er bekanntgeben: Nein, Niedersachsen werde sich Bayern und NRW nicht anschließen; die politischen Möglichkeiten gegen die Reform seien erschöpft. „Steige ab, bevor das Pferd tot ist“, bemühte Wulff eine indianische Weisheit.

Wulff hatte sich über den Vorstoß der Bayern geärgert, der mit ihm nicht abgesprochen worden war. Er wollte nicht wie Jürgen Rüttgers einfach folgen, Edmund

Stoiber sollte nicht glauben, als ehemaliger Kanzlerkandidat immer noch der Erste unter den Unionsländerfürsten zu sein. Außerdem lag ihm sein Kultusminister in den Ohren, der von seinen Kollegen in der Kultusministerkonferenz kräftig geschurigt worden war. Bernd Busemann wollte sich nicht wieder deren Zorn aussetzen und Wulff seinen Busemann nicht hängen lassen. So endete der Widerstand des Landes Niedersachsen.

☆

Die Kultusminister haben die Überarbeitung der Reform nun an den ehemaligen Kultusminister Zehetmair und den Rat für deutsche Rechtschreibung delegiert. Zehetmair war von Anfang an dabei, er hat dafür gesorgt, dass Bayern zu den ersten Ländern gehörte, in denen die neuen Regeln eingeführt wurden. Als 1996, nach heftigen Protesten, eine Reformvariante zur Abstimmung stand, hat Zehetmair sie mit beschlossen. „Die Politik hätte sich nie an der Sprache vergreifen dürfen“, sagt er heute, er begreift seine Korrekturarbeit auch als Wiedergutmachung.

Die Kultusministerkonferenz würde weitreichende Rückbauten der Reform-Orthografie gern verhindern. Sie hat bei der Auswahl der Ratsmitglieder darauf geachtet, dass genug Reformer in der Kommission sitzen. Alle Entscheidungen müssen mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden. Doch Hans Zehetmair ist sehr geschickt dabei, Menschen für sich einzunehmen. Im Augenblick sieht es so aus, als würde er weit mehr erreichen kön-

nen, als die Kultusministerkonferenz gedacht hatte.

Der Rat hat sich darauf geeinigt, viele bewährte Schreibweisen in zentralen Bereichen wiederherzustellen. So empfehlen die Sprachexperten den Kultusministern, die Regeln so zu ändern, dass wieder mehr zusammengeschrieben werden kann. Man kann wieder zwischen den unterschiedlichen Bedeutungen von sitzen bleiben (auf einem Stuhl) und sitzenbleiben (in der Schule) unterscheiden. Auch Zusammenschreibungen von Wörtern wie eislaufen oder kopfstehen sollen wieder richtig sein.

Bei der Silbentrennung soll Sinnentstellendes wie Urin-stinkt (statt Ur-instinkt) künftig vermieden werden. Dass einzelne Vokale vom übrigen Wort abgetrennt werden dürfen, etwa bei E-sel oder A-bend, möchte der Rat ebenfalls rückgängig machen. Und um die Gliederung eines Satzes besser deutlich werden zu lassen, sollen viele alte Kommata wieder her. Bei dem Satz „Es freut mich, dich zu sehen“ muss das Komma nach den Empfehlungen des Rates dann wieder gesetzt werden, auch bei sogenannten erweiterten Infinitiven mit um: „Wir schreiben richtig, um uns besser zu verstehen.“

Schon im März wollen die Schriftgelehrten fertig sein. Pünktlich zur nächsten KMK-Sitzung werden sie ihr erstes Paket mit Reformvorschlägen übergeben, dann müssen die Kultusminister entscheiden, wie sie die Reform zu Ende bringen wollen. Es gibt nicht mehr viele Möglichkeiten. Sie können stur bleiben, weil sie meinen, dass dies die Staatsräson gebiete. Oder sie nehmen eine Menge von dem zurück, was sie im Sommer noch für richtig erklärt haben. Es hängt einiges von ihrer Entscheidung ab, für das Ansehen der Politik, für den Schreibfrieden in den Schulen und im Land. Es hängt auch an Johanna Wanka.

Seit fünf Jahren ist Wanka Wissenschaftsministerin in Brandenburg, im Jahr 2005 war sie Präsidentin der KMK. Sie war an der Reformdiskussion nie beteiligt und sollte das Projekt mit abwickeln. Den Ministerpräsidenten wäre am liebsten, wenn sie sich mit der Reform nicht mehr befassen müssten, sie irgendwie verschwände, aber es geht auch um Selbstachtung. Niemand will öffentlich eingestehen, dem Land eine Reform zugemutet zu haben, die sinnlos war, vielleicht sogar schädlich.

Wanka sitzt in einer Ecke des Restaurants Borchardt in Berlin und stochert in ihrem Essen. Sie redet über die Pisa-Studie, über das Problem mit der Hochschulfinanzierung. Sie macht eine kleine Pause. „Die Kultusminister wissen längst, dass die Rechtschreibreform falsch war“, sagt sie. Sie sieht auf ihren Teller: „Aus Gründen der Staatsräson ist sie nicht zurückgenommen worden.“

Es ist ein erstaunlicher Satz. Es ist das Eingeständnis einer großen Niederlage.

JAN FLEISCHHAUER, CHRISTOPH SCHMITZ



Danziger Innenstadt, Warschauer Finanzviertel, Kaliningrad: „In den Städten des ehemaligen

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Der Geist der Städte“

Der Historiker Karl Schlögel über den Aufschwung osteuropäischer Metropolen, die kulturelle Entdeckung des ehemaligen deutschen Ostens und den Umgang mit dem Vertriebenenthema



Schlögel, 57, gilt als Experte für die Beschreibung der Alltagswirklichkeit in Osteuropa („Moskau lesen“, „Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang“, „Im Raume lesen wir die Zeit“). Er lehrt

Geschichte Osteuropas an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder. Im Hanser-Verlag ist nun sein Buch „Marjampole oder Europas Wiederkehr aus dem Geist der Städte“ erschienen.

SPIEGEL: Herr Professor, die erste Erweiterung der Europäischen Union nach Osten war die deutsche Wiedervereinigung. Sie hat immense Kosten verursacht, die Gräben sind immer noch nicht überwunden. Überfordert nun die Osterweiterung der EU um zehn Länder die Kräfte Europas auf Dauer?

Schlögel: Ganz im Gegenteil. Die entscheidenden Impulse im neuen Europa kommen nicht aus Straßburg oder Brüssel, sondern aus den Städten des ehemaligen Ostblocks. Dort erlebt der alte kulturelle Geist Europas seine Wiedergeburt.

SPIEGEL: Ist das nicht eine verstiegene These? Die alten Kernländer der EU empfinden die Osterweiterung doch eher als

Verdünnung, als Auflösung ihres Projekts einer einigen europäischen Großmacht.

Schlögel: Ich ärgere mich schon lange darüber, dass immer so getan wird, als entstehe das neue Europa bei den Konferenzen in Straßburg und Brüssel. Natürlich blicken alle nach Westen, aber Europa ist nicht an der Oder zu Ende. Europas Karte wird neu gezeichnet. Ich glaube, dass es langfristig zu einer Verschiebung der Zentren nach Osten kommen wird. Man wird sehen, welches Potential in den Städten des Ostens steckt. Es gibt unzählige Menschen, die im Pendelverkehr zwischen Ost und West unterwegs sind, die täglich an der Einheit Europas arbeiten.

SPIEGEL: Zurzeit wird sogar darüber nachgedacht, ob es in Zukunft überhaupt noch weitere Aufnahmen in die EU geben soll. Beweist das nicht, dass die Europäer eine Einheit und Einigung zwischen Ost und West ablehnen?

Schlögel: Ich glaube, dass man unterscheiden muss zwischen politischen Proklamationen und Alltagsgeschäft. Wenn ich mich an meine Beobachtungen des Alltags halte, bin ich sehr zuversichtlich, was die Einigung Europas betrifft. Es gibt immer mehr Touristen, die den Osten entdecken, so viele Unternehmen, die von Deutschland nach Osteuropa gegangen sind ...

SPIEGEL: ... was eher zur Verschlechterung des Klimas zwischen Ost und West beigetragen hat. Die Verlegung von Arbeitsplätzen nach Osteuropa und die Zuwanderung von Billigarbeitern, den berüchtigten polnischen Klempnern, werden als

Das Gespräch führten die Redakteure Susanne Beyer und Romain Leick.